

341012

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir von den FREIEN WÄHLERN, Herr Imhof, zeigen Größe. Wir stimmen den Anträgen der CSU und der SPD zu, auch wenn Sie dem Antrag der FREIEN WÄHLER nicht zustimmen wollen. Trotzdem danke ich Ihnen, Herr Imhof, für Ihr Engagement. Man spürt es bei Ihnen. Sie vertreten durch viele Gespräche, die Sie führen, gelebte Sozialpolitik. Gut ist auch, dass Sie sich viermal bei Ihrer Fraktion dafür bedankt haben, dass sie dem Antrag zustimmt; denn es kommt selten vor, dass Sie einen Antrag stellen und gar nicht wissen, ob die Finanzierung gesichert ist. Wäre der Antrag von der Opposition gekommen, wäre er knallhart abgelehnt worden. Immerhin Ihr Engagement in Ehren.

Die Kurzzeitpflege ist ein wichtiges Instrument, um pflegende Angehörige zu entlasten. Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. In Anbetracht der großen Belastung, die die Pflege von Angehörigen mit sich bringt – das wissen wir alle –, ist die Möglichkeit einer Auszeit für die Pflegenden unerlässlich. Das ist aber nur möglich, wenn die Pflegebedürftigen in dieser Zeit untergebracht werden können.

Wir haben eine demografische Entwicklung – Sie haben das richtig gesagt, Herr Imhof –, und wir müssen ihr ins Auge sehen. Deshalb müssen wir auch die Probleme, die es in der Kurzzeitpflege gibt, noch lösen. Es ist erfreulich, dass durch das erste Pflegestärkungsgesetz die Kurzzeitpflege zeitlich länger – bis zu acht Wochen – in Anspruch genommen werden kann.

Eines ist ganz interessant, und dazu wird Herr Leiner noch reden. Es gab schon von den GRÜNEN eine Schriftliche Anfrage zu konkreten Zahlen. Danach stehen in Bayern 166 vollstationäre Einrichtungen, 796 feste Kurzzeitpflegebetten und 1.375 bedarfsweise Pflegebetten für Kurzzeitpflege bereit. Aber in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage steht auch ganz klar: Trotz dieser nicht unerheblichen Anzahl muss man davon ausgehen, dass sich für einen bestimmten Zeitraum eine gewünschte Unterbringung nicht immer langfristig realisieren lässt. Dann heißt es auch, dass dem Ministerium keine belastbaren Ergebnisse vorliegen, dass es regionale Unterschiede gibt, einen Kurzzeitpflegeplatz für einen bestimmten Zeitraum zu finden. Aber genau diese Werte brauchen wir eigentlich. Allerdings wissen wir auch, dass dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben wird. – In den Medien wird das Thema ganz groß behandelt: "Eklatanter Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen" oder "Die Situation der Pflege spitzt sich zu."

Eines möchten wir gerne von der CSU wissen. Am 16. Mai 2017 wurde ein Antrag der GRÜNEN "Kurzzeitpflegeplätze sichern" mit Änderungen einstimmig angenommen. Er entspricht eigentlich, Herr Imhof, weitgehend dem heutigen CSU-Dringlichkeitsantrag. Uns stellt sich daher die Frage: Welches parlamentarische Ziel verfolgen Sie außer der Tatsache, dass der Antrag jetzt von der CSU kommt? Aber inhaltlich – Herr Leiner kann es bestätigen oder widerlegen – wurde der Antrag der GRÜNEN am 16. Mai mit Änderungen, die Sie mitgetragen haben, einstimmig angenommen. Aber gut, das ist jetzt noch ein Antrag der CSU. Wir werden ihm zustimmen.

Das finanzielle Problem der Einrichtungsträger liegt bei kurzzeitig nicht belegten Plätzen der Kurzzeitpflege. Dafür erhalten sie von der Pflegeversicherung kein Geld. Das Problem ist, dass die Plätze vorgehalten werden müssen, damit sie zur Verfügung stehen, wenn kurzfristig Bedarf besteht. Die Vorhaltekosten müssen refinanziert werden.

Dem Antrag der CSU stimmen wir zu, obwohl wir meinen, dass verschiedene Spiegelstriche eigentlich schon umgesetzt sind. Die Entwicklung und der Bedarf werden untersucht. Auf Bundesebene besteht bereits ein Bedarf auf Refinanzierung der Kurzzeitpflege. Wir wollen, dass das noch schneller geht; denn oft prüfen Sie bei Anträgen monate- oder jahrelang, und dann sehen wir, was herauskommt. Bei der Pflege gibt es große Probleme, und wir müssen sie möglichst schnell in den Griff bekommen.

Deswegen haben wir noch einen Punkt: Als Sofortmaßnahme soll die finanzielle Unterstützung von Pflegeeinrichtungen mit Kurzzeitpflegeplätzen aus Landesmitteln – das haben wir noch geändert – angestrebt werden, weil es bei der Finanzierung noch konkrete Probleme gibt, die noch nicht gelöst sind. Aber für uns ist wichtig – deshalb unser Antrag –, dass wir jetzt nicht mehr lange prüfen wollen. Wir sehen das Problem und haben es erkannt. Dieses Problem soll jetzt möglichst schnell gelöst werden. Deshalb fordern wir dringend, dass die Sofortmaßnahme angestrebt werden soll. Herr Imhof, Sie können sich überlegen, ob Sie dem Antrag der FREIEN WÄHLER, der eigentlich auch in die gleiche Richtung wie Ihr Antrag geht, doch noch zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)